

Haushaltsrede 2012 UL-Fraktion Enrico Straka

Meine Damen und Herren, Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

sehen Sie mir bitte nach, dass es bei vier bereits gehaltenen Haushaltsreden zwangsläufig zu Wiederholungen kommen kann.

Beim Schreiben der Haushaltsrede fiel mit die Einkaufsliste von vorgestern in die Hände. Ich lese mal auszugsweise vor:

Brot, Wein, Bier, Toilettenpapier. Das sind die wichtigen Dinge eines privaten Haushaltes. Auf den letzten Punkt der Liste will ich später noch einmal zurückkommen.

„Keine Idee, keine Visionen“, so hat der Kollege Lagardere die Haushaltsrede der Bürgermeisterin zur Einbringung des Haushalts 2012 im Höchster-Kreisblatt kommentiert.

Der Altkanzler Helmut Schmidt hat einmal gesagt: „Wer Visionen hat, der sollte zum Arzt gehen“. Vor diesem Hintergrund bin ich persönlich ganz froh, dass unsere Bürgermeisterin in ihrer Eigenschaft als Kämmerin und was den Haushalt 2012 angeht, bislang nicht unter Visionen leidet.

Der Haushalt 2012 als solcher leidet jedoch weiterhin leider an einem strukturellen Defizit, das heißt, die Stadt wird auch im neuen Jahr 2012 wieder deutlich mehr Geld ausgeben, als sie einnehmen wird.

Kein Lichtblick sind da die unerwarteten Steuernachzahlungen in diesem Jahr, da diese nicht auf einer gestiegenen Wirtschaftskraft, sondern lediglich auf nachgezahlter Gewerbesteuer vergangener Jahre beruhen.

Nun ist die UL grundsätzlich nicht dazu angetreten, um einen ausgeglichenen Haushalt zu fordern. Das überlassen wir gerne den anderen Parteien. Die Mehrheit innerhalb der UL vertritt hierzu die Auffassung, dass die Stadt sogar ruhig Schulden machen darf, wenn sie dabei nur Projekte verwirklicht, die den Bürgern der Stadt Schwalbach, insbesondere den sozial schwachen, letztlich zugutekommen.

Auch dem „Naturbad“ steht die Mehrheit der UL daher positiv gegenüber. In der Vergangenheit hat sich die UL stets für das Taunusbad bzw. das Hallenbad eingesetzt, dessen Verwirklichung letztlich an mangelnder kommunaler Zusammenarbeit, zu hohen Kosten, der Bürgerinitiative kein Sportpark Arboretum und daher auch an dem überheblichen Verhalten Eschborns gescheitert ist.

Ich möchte jedoch nicht verhehlen, dass ich persönlich dem Projekt „Naturbad“ etwas skeptisch gegenüber stehe.

Die bisherige Planung des Naturbads strotzt nur so von Visionen. Ein Naturbad ist ein Freibad. Ein Freibad ist grundsätzlich vom Wetter abhängig, in diesem Jahr hatten wir die schlechteste Badesaison seit Jahrzehnten. Die prognostizierten Besucherzahlen sind bloßes Wunschdenken, die eingeholten Besucherzahlen der Freibäder in unserer Umgebung, lassen sich meines Erachtens auf ein Naturbad nicht übertragen. Nach Meinung von Fachleuten, wird ein Naturbad von den Besuchern, wegen der zu erwartenden trüben Wasserqualität und wegen der hohen Anzahl von „natürlichen“ Keimen im Wasser höchstwahrscheinlich nicht so gut besucht werden, wie ein normales Freibad.

Zwar muss die Stadt angesichts ihrer vorhandenen Rücklagen die Baukosten wohl nicht finanzieren, so dass uns wenigstens Zinszahlungen erspart bleiben werden. An die schwarze Null bei den Betriebskosten glaube ich aber nicht. Allein die erforderlichen Personalkosten werden dies nicht zulassen. Hier erwarten wir korrekte und realistische Zahlen und im Falle der Verwirklichung des Bauvorhabens eine strikte Einhaltung der Baukosten mit der Vereinbarung von Ver-

tragsstrafen sollten die Kosten durch die beteiligten Baufirmen überschritten werden.

Über allem schwebt noch immer die bislang völlig ungelöste Weltwirtschafts- und Eurokrise. Kommt es tatsächlich in den kommenden Jahren zu der befürchteten Abkühlung der Wirtschaft, werden die Einnahmen der Stadt massiv zurückgehen und wir können uns glücklich schätzen, wenn wir noch über ausreichende Rücklagen verfügen, um den Rückgang der Einnahmen wenigstens für kurze Zeit zu kompensieren. Unsere Rücklagen verbraten, sollten wir daher nicht.

Sollte es zu einer solchen Situation kommen, ist zu befürchten, dass insbesondere bei sozialen Projekten der Rotstift angesetzt wird.

Die UL hat bei dem vorgelegten Haushalt 2012 diesmal keine Änderungen angeregt, da wir die vom Magistrat unter Mitwirkung unseres Magistratsmitglieds erarbeiteten Haushaltsansätze als angemessen und ausgewogen ansehen. Das sehen wohl auch die anderen Parteien ähnlich, denn deren Änderungsvorschläge waren moderat.

Das heißt aber nicht, dass wir keine Kritikpunkte hätten.

Der von der Mehrheit beschlossenen pauschalen Kürzung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 5% stehen wir ablehnend gegenüber, was mich wieder zurück zum Thema Toilettenpapier bringt. Die Verwaltung kann einer solchen Kürzung ja bekanntlich auf zweierlei Art begegnen. Entweder werden Mittel von einem eher unwichtigen Bereich auf einen eher wichtigen Bereich umgeschichtet, oder es werden überplanmäßige Ausgaben in einem Nachtragshaushalt beantragt. Wenn ich mir nun vorstelle, dass sich die Verwaltung für ersteres entscheidet, um die Kürzung auszugleichen, könnte ein Zustand entstehen, der ggf. große Not in Rathaus auslösen könnte.

Ich will das aber jetzt nicht weiter vertiefen.

Im Ernst, diese nach der Rasenmähermethode vorgenommene Kürzung offenbart ein gehöriges Maß an Misstrauen gegenüber der Ver-

waltung und dem Magistrat. Die UL geht davon aus, dass die Verwaltung ihre Mittel in zutreffender Höhe angesetzt und dass der Magistrat die Mittelanmeldungen sorgfältig geprüft und diese mit seiner beschlossenen Haushaltsvorlage gutgeheißen hat. Die Zeiten, in denen man davon ausgehen durfte, dass die Verwaltung ihre Mittel regelmäßig überhöht anmeldet, weil man seitens der Verwaltung wusste, dass diese später ohnehin gekürzt werden, sind aus unserer Sicht vorbei. Politik soll gestalten, die Verwaltung soll verwalten, dabei wollen wir es belassen. Wir möchten uns an dieser Stelle bei der Verwaltung, dem Magistrat und insbesondere bei unserem Magistratsmitglied Günter Pabst für die gute Arbeit bedanken.

Ein Lob, welches keineswegs selbstverständlich ist, schaut man sich die Magistratsschelte der Koalitionsparteien der Vergangenheit an, ich glaube es macht zurzeit nicht wirklich Spaß ehrenamtlicher Stadtrat bei den Grünen zu sein.

Der von der FDP angedachten Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes stehen wir ablehnend gegenüber. Wer die Gewerbesteuererinnahmen der Stadt Schwalbach analysiert, wird feststellen, dass der Großteil der Einnahmen durch die großen Firmen Schwalbachs bestritten wird. Eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes führt unseres Erachtens dazu, dass die laufenden Einnahmen der Stadt schlagartig auf breiter Front zurückgehen werden. Eine Absenkung um 20 Punkte bedeutet bei einem derzeitigen Steueraufkommen von 17,2 Mio. Mindereinnahmen in Höhe von 1 Million. Wir glauben auch nicht, dass sich aufgrund einer Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes weitere Großfirmen in Schwalbach ansiedeln werden. Mit den Hebesätzen von Eschborn können wir ohnehin nicht konkurrieren.

Selbst dann, wenn sich nach einer etwaigen Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes irgendwann einmal zusätzlich einige kleinere Firmen in Schwalbach neu ansiedeln, wird dies den durch die Senkung der Gewerbesteuer sofort eintretenden Einnahmeverlust nicht mehr kom-

pensieren können. Dazu wäre schon die Ansiedlung einer weiteren großen Firma notwendig, die weit und breit nicht in Sicht ist.

Das Wohlwollen der bereits in Schwalbach ansässigen Firmen sollten wir uns auf andere Art und Weise erhalten. Insbesondere gehört hierzu unabhängig davon, wann das Land die Landesstrasse umbauen wird, der weitere Ausbau der Infrastruktur des Kronberger Hanges, sowie die Sicherstellung und der weitere Ausbau einer qualitätsvollen Kinderbetreuung auch für die in Schwalbach ansässigen Mitarbeiter der Firmen.

Die personelle Ausstattung der städtischen Jugendarbeit ist nach der beschlossenen Wiederbesetzung der vakanten 29-Stundenstelle aus unserer Sicht zunächst ausreichend sichergestellt. Das bisherige Jugendhaus soll nach den Plänen der Verwaltung künftig einer anderen Nutzung zugeführt werden. Die städtische Jugendarbeit will ihren Schwerpunkt künftig in die Projektarbeit mit Jugendlichen setzen, was die UL für zeitgemäß hält und daher ausdrücklich begrüßt.

Durch die tarifliche Höhergruppierung der Erzieherinnen erhält sich die Stadt außerdem ein Mindestmaß an Wettbewerbsfähigkeit auf dem hart umkämpften Personalmarkt für Erzieherinnen.

Die Entscheidung aller Fraktionen gegen den Weiterbetrieb des Ratskellers als Gastronomiebetrieb, wird von der UL begrüßt. Die Planung, dort unter anderem einen Kulturkeller einzurichten, ist eine alte Grünen und UL- Forderung, mit der sich die UL leider in der alten Koalition nicht durchsetzen konnte (wir waren auch nie so stark, wie die Grünen dies in der jetzigen schwarz-grünen Koalition sind).

Die Neukonzeption wird bei der Schwalbacher Bevölkerung sicher positiven Anklang finden.

Zurückhaltend sehen wir die im Haushalt zunächst für ein Jahr befristete Überwachung von Bahnhof und Parkdeck durch Mitarbeiter der SIT. Einerseits schlägt dieser Posten immerhin mit über 200 TEUR zusätzlichen Kosten zu buche. Andererseits ist eine Überwachung des

Bahnhofs und des Parkdecks natürlich notwendig, damit dort nicht wieder die früheren katastrophalen Zustände eintreten. Es stellt sich aus unserer Sicht allerdings die Frage, ob nicht unsere Ordnungspolizei zumindest einen Teil der Überwachungs- und Kontrollarbeiten übernehmen kann. Die Verlegung von Kameralleitungen ins Büro der Ordnungspolizei dürfte nicht besonders teuer sein. In Verbindung mit der von der Bürgermeisterin vorgeschlagenen Ticketlösung für das Parkdeck könnten die hohen Kosten sicher verringert werden.

Schade ist aus unserer Sicht die Herausnahme der veranschlagten Kosten für den Freizeit- und Gesundheitstreff, da dies auch ein Vorschlag des Seniorenbeirats war.

Der von der FDP vorgeschlagenen Erarbeitung einer Satzung für die städtischen Dachflächen zur Nutzung von Sonnenenergie stehen wir positiv gegenüber. Der kostenlosen Bereitstellung der Dachflächen für einige „Aktionäre“ steht unseres Erachtens der Grundsatz der Kostendeckung im öffentlichen Bereich entgegen.

Insgesamt führt unsere Kritik jedoch nicht dazu, dass wir den Haushalt für das Jahr 2012 ablehnen, wir werden ihm daher zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen Anwesenden, ein schönes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.